

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
7. Hofbahn u. Vertriebsung: Drag 11, Straßenseite 15 • Erlaub.: 26795, 31460, 70490b, (ab 21. 11. 32): 33555 • Dofladruck: 57544

12 Jahrgang.

Mittwoch, 7. Dezember 1932

Nr. 288.

Deutscher Reichstag eröffnet. Wahl des Präsidiums. — Ruhige Sitzung.

Berlin, 6. Dezember. Im Reichstage herrschte schon vom frühen Morgen an lebhafteste Tätigkeit.

Wie sonst bei ähnlichen Gelegenheiten, hatten sich auch heute auf den Straßen und im Tiergarten rings um das Reichstagsgebäude zahlreiche Neugierige eingefunden, namentlich junge Leute, die durch ihr Verhalten die Polizei manchmal zum Einschreiten zwangen. Vor dem Schalter, an dem die Eintrittskarten für das Publikum ausgegeben werden, bildete sich bereits um 7 Uhr früh eine Schlange.

Im Büro des Reichstages ist bereits eine ganze Reihe von Vorlagen und Anträgen niedergelegt worden. Die Reichsregierung hat einige Abkommen mit fremden Staaten vorgelegt, ferner haben die Nationalsozialisten das verfassungsändernde Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten und Haftentlassungsanträge für einige nationalsozialistische Abgeordnete eingebracht, die in den Bombenlegerprozessen zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Vom Zentrum liegen Anträge zur Aufhebung der sozialpolitischen Abbaumaßnahmen der Notverordnung vor, von den Sozialdemokraten ein Mißtrauensantrag gegen die neue Reichsregierung und ein Amnestiegesetz für Straftaten aus politischen Beweggründen oder aus Gründen wirtschaftlicher Not. Ferner beantragen die Sozialdemokraten die Aufhebung einer großen Anzahl von Notverordnungen und die Aufhebung der Sondergerichte. Von den Kommunisten sind Mißtrauensanträge und Anträge auf Aufhebung von Notverordnungen angehängt, aber noch nicht vorgelegt.

Um 11 Uhr begannen die Fraktionsführungen der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei. Um 12 Uhr traten auch die Sozialdemokraten zusammen, um noch Eventualanträge zu den sozialpolitischen Notverordnungen zu formulieren.

Ruhige Eröffnungssitzung.

Der Sitzungsaal und die Tribüne, auch die Diplomatensitze waren bis auf den letzten Platz besetzt.

Wenige Minuten vor 3 Uhr strömten die Nationalsozialisten, die wieder geschlossen in Parteienform auftraten, in den Saal. Die Regierungsbänke blieben leer, während am Reichstisch die Vertreter der Länder Platz nahmen, an der Spitze Ministerialdirektor Dr. Bahr für die Regierung Braun.

Bis um drei Uhr betrat Alterspräsident Eymann, als einziges Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion in Zivil den Saal, um die Sitzung zu eröffnen.

Alterspräsident Eymann stellte zunächst fest, daß nach der Geschäftsordnung der an Jahren älteste Abgeordnete den Vorsitz zu übernehmen hat. Er sei am 22. Januar 1850 geboren und somit 82 Jahre alt. Als Schriftführer beruft der Alterspräsident die Abgeordneten Kaufmann und Lindner (Nationalsozialisten), Saverrenz (Deutschnational) und Schwarz-Krausfurt (Zentrum).

Die Rede des Generals Eymann war eine Anknüpfung der üblichen nationalsozialistischen

Schlafworte. Er sprach von den Enttäuschungen, an die die Reichsbürger Deutschlands das Volk in den letzten 14 Jahren gewöhnt hätten und daß Hitler hätte die Führung übernehmen sollen als dem Mann, der allein fähig sei, das Vaterland zu retten. Man habe ihm jedoch unerfüllbare Bestimmungen gestellt, um ihm nicht die Macht überlassen zu müssen. Hitler habe sich selbstlos zur Verfügung gestellt, aber Hindenburg, der selbst einem Hermann Wähler das Vertrauen geschenkt habe, habe abgelehnt. Die Not des deutschen Volkes sei grenzenlos, aber der Reichspräsident sei sich über die Zustände nicht im Klaren, die in Deutschland herrschen. Hindenburg müsse heute dem historischen Pflichten folgen, das deutsche Volk dem Volkswahlmann preisgeben zu haben, obwohl der Akt bereit gewesen sei.

Die Rede Eymanns war dauernd von Zwischenrufen der Kommunisten unterbrochen, denen die Nationalsozialisten erregt antworteten.

Nach dem Namensaufruf wird das Schreiben verlesen, in dem Reichskanzler von Schleicher seine Ernennung und die Zusammensetzung der neuen Regierung mitteilt.

Weiter werden die eingelegenen Vorlagen und Verordnungen bekanntgegeben.

Der Alterspräsident teilt mit, daß nach der Wahlung 565 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.

Dramatische Präsidentenwahl. Sozialdemokraten im Präsidium vertreten.

Göring Reichstagspräsident

Alterspräsident von Eymann erklärt: Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten.

Die Kommunisten unterbrechen ihn lärmend mit dem Ruf: „Sie müssen erst unsere weiteren Anträge zur Abstimmung stellen!“ Abgeordneter Dr. Fried schlägt den Abgeordneten Göring zum Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Steinbof (Deutschnational) erklärt: Trotz der Bedenken, die unsere Fraktion gegen Herrn Göring hat, hätten wir ihm unsere Stimme gegeben, wenn die Nationalsozialisten nicht deutlich angekündigt hätten, daß sie gegen den Kandidaten der deutschnationalen Fraktion, Abg. Graef, stimmen würden. Wir schlagen daher vor, den Abgeordneten Graef zum Reichstagspräsidenten zu wählen.

Abg. Eymann (Sozialdemokrat) erklärt, seine Freunde könnten zum Reichstagspräsidenten nicht den Vertreter einer antiparlamentarischen Partei wählen. Er schlägt als Gegenkandidaten den Abgeordneten Loebe vor.

Abg. Kadel (Kommunist) schlägt den Abg. Torgler vor. In der Stichwahl würden

aber die Kommunisten für Loebe stimmen (hört, hört!), obwohl sie den Sozialdemokraten nach wie vor die Hauptschuld an der Stärkung des Faschismus beimäßen.

Der Alterspräsident läßt hierauf die Wahl des Reichstagspräsidenten in Form des Schimmelsprungs vornehmen. Die Abgeordneten verlassen den Saal und geben beim Wiedereintritt ihre Stimmkarten ab. Zur Wahl stehen außer den Abgeordneten Göring, Loebe und Torgler auch der Abgeordnete Graef.

Offener Konflikt des Landes Wien mit der Bundesregierung.

Wien, 6. Dezember. (Sozialdem. Pressedienst.) Das verfassungswidrige Vorgehen des Staatssekretär Reh hat nun zu einem offenen Konflikt zwischen der Bundesregierung und dem sozialdemokratisch geleiteten Lande Wien geführt. Die Bundesregierung hat an die Landeshauptleute ein Rundschreiben gerichtet, mit welchem den Ländern der Auftrag erteilt wird, alle Versammlungen, um deren Abhaltung im

Bei der Präsidentenwahl erhielt Abgeordneter Göring 279 Stimmen.

Abgeordneter Göring ist somit im ersten Wahlgang zum Reichstagspräsidenten gewählt, da die absolute Mehrheit 273 Stimmen beträgt.

Göring hielt sodann eine Rede, in der er die Weimarer Verfassung pries und feststellte, daß aus Grund dieser Verfassung Hitler hätte müssen zum Reichskanzler bestellt werden.

Zum ersten Vizepräsidenten wird der Abgeordnete Esser (Zentrum) mit 445 Stimmen gewählt. Auf den Abgeordneten Torgler fielen 93 Stimmen.

Zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlagen die Sozialdemokraten den Abgeordneten Loebe, die Nationalsozialisten den Abgeordneten Rauch (Bayerische Volkspartei), die Deutschnationalen den Abgeordneten Graef und die Kommunisten den Abgeordneten Torgler vor.

Die Wahl ergibt für den Abgeordneten Rauch 195, für den Abgeordneten Loebe 198, Graef 58 und Torgler 93 Stimmen.

Demnach hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht und es muß eine Stichwahl zwischen dem Abgeordneten Rauch und Loebe stattfinden. In der Stichwahl wird Abgeordneter Rauch (Bayerische Volkspartei) mit 253 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. 202 Stimmen fielen auf den Abgeordneten Loebe.

Loebe dritter Vizepräsident

Die Wahl des dritten Vizepräsidenten führte zu einem spannenden Kampf. Auch hier war Stichwahl nötig zwischen den Abg. Loebe, Sozialdem. und Dr. Hugo, D. Volkspartei. Als ihr Ergebnis verkündete der Vizepräsident Esser, daß jeder von beiden je 205 Stimmen erhalten habe, so daß das Los entscheiden müsse. Durch das Los wurde Abg. Dr. Hugo bestimmt. Die Sozialdemokraten wären also auch diesmal, wie im vorigen Reichstag, nicht im Präsidium vertreten gewesen. Nachträglich stellte sich aber ein Rechenfehler der Schriftführer heraus. Tatsächlich hatte Dr. Hugo nur 204 Stimmen erhalten und der frühere Reichstagspräsident Loebe gehört nunmehr, da er eine Stimme mehr als sein Gegenkandidat erreicht hat, als Vizepräsident dem Vorstand an.

Die Sozialdemokraten beantragten durch Gewissen Breitscheid, am Mittwoch die Programm-erklärung der neuen Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen, damit sich daran die wohl politische Aussprache schließen könne. Außer den beiden Parteien der Linken beteiligte sich niemand an der hochpolitischen Geschäftsordnungsdebatte. In der Abstimmung blieben die Kommunisten mit ihrer Forderung der Mittwochabstimmung über die Mißtrauensanträge allein und auch der sozialdemokratische Antrag auf Programmdebatte wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Nationalrat Nicole — Geni ausgeliefert.

Wien, 6. Dezember. Der Nationalrat hat mit 121 bürgerlichen Stimmen gegen 47 Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten die Immunität des sozialistischen Nationalabgeordneten Nicole aufgehoben. Nicole befindet sich wegen der Genfer Unruhen in Haft.

Internationale Rüstungsindustrie.

II. Vickers-Armstrong.

Wie der Konzern Schneider-Creusot durch die Rüstungspolitik des Dritten Kaiserreiches und der dritten Republik seine überragende Stellung erworben hatte, ist auch der Vickers-Konzern dank der imperialistischen Politik Englands und seiner Kämpfe um die Kolonialmacht zum größten Rüstungsproduzenten der Welt geworden. Ursprünglich ein kleines Schmiedewerk, dehnte sich der Betrieb immer mehr aus. Der deutsch-französische Krieg 1870-71 bot neben dem steigenden Rüstungsbedarf der englischen Armee große Absatzmöglichkeiten. Als bald wandte sich Vickers dem Kriegsschiffbau zu, an dem sich riesige Profite erzielen ließen und erwarb zwei alte englische Werften, die William Beardmore-Werft und die Naval Construction and Armament Co. Barrow. Schließlich wurde auch die Erzeugung von Schnellfeuerwaffen auf eine breitere Grundlage gestellt und die Maxim-Kordensfeldt-Guns and Ammunition Co. erworben, wodurch die Firma mit dem bekannten Sir Basil Zaharoff in Beziehungen kam, der ihr einen großen Teil der Waffen- und Munitionslieferungen der orientalischen und Mittelmeerstaaten verschaffte. Mit dieser Fusion, nach welcher das Werk offiziell Vickers Sons and Maxim benannt wurde, war der Aufbau des Rüstungskonzerns in großen Umfassen vollendet. Der nun folgende Burenkrieg und der russisch-japanische Krieg ermöglichten der Firma ein Riesengeschäft, wobei sie bei ihren Lieferungen durchaus „unparteiisch“ vorgeing und einerseits den Russen zwei große Schlachtkreuzer baute und anderes Material lieferte, ebenso aber auch den Japanern, so daß die Soldaten der beiden Armeen von Waffen derselben Herkunft getötet wurden.

Seit dem russisch-japanischen Krieg hat das Vertrauen der Großmächte nicht mehr aufgehört, was sich in den unerbittlich steigenden Gewinnen des englischen Rüstungskonzerns äußert. Von 1909 bis 1913 stieg der Reingewinn von 474.000 auf 929.000 Pfund und wurde also verdoppelt, die Dividende stieg damals auf 12,5 Prozent! Der Weltkrieg brachte naturgemäß die Hochkonjunktur; es wurden von Vickers über 100.000 Maschinengewehre geliefert, 2328 Kanonen, über 5500 Flugzeuge und keine Werften bauten vier Schlachtkreuzer, drei Panzerkreuzer, 53 U-Boote, drei Hilfsfahrzeuge und 62 leichtere Boote mit einem Gesamtgewicht von 201.000 Tonnen. Bilanzen wurden während des Krieges nicht veröffentlicht, aber man kann sich vorstellen, was „verdient“ wurde, wenn man erfährt, daß allein im Jahre 1915 die Vickerswerke um die Beardmore-Werft gegen 1,5 Millionen Pfund investieren konnten!

Nach dem Weltkrieg sanken die Profite etwas und es schien, als sei die Welt der ewigen Rüstungen müde geworden. Es ergaben sich sogar Schwierigkeiten finanzieller Art, so daß das Aktienkapital reduziert und der Nennwert der Stammaktien von 20 auf 6,8 Schilling vermindert wurde. Immerhin betrug aber auch nach der niedrigste ausgewiesene Reingewinn im Jahre 1924 über 403.000 Pfund, 1927 aber bereits fast 993.000 Pfund, wobei durch vier Jahre acht Prozent Dividende bezahlt werden konnten. Erst 1931 ist wieder eine Verminderung des Reingewinns auf 574.000 Pfund eingetreten, womit man freilich nicht die Hoffnung verbinden darf, als ob etwa die Rüstungen zurückgegangen seien.

Die Entwicklung der Flugzeugtechnik und ihre steigende Bedeutung für den Militarismus veranlaßten Vickers, sich ab 1919 auch stark an der englischen Flugzeugindustrie zu beteiligen, gegenwärtig sind es drei Flugzeugfabriken, die er besitzt: die Airship Guaranter Co., die Vickers Aviation Ltd und die Supermarine Aviation. Ebenso drang er auch in die

Elektroindustrie ein, wobei Beziehungen zur Westinghouse-Gruppe und zur schweizerischen Brown-Boveri bestanden, die aber später wieder gelöst wurden. Sehr erheblich sind die Interessen zur Maschinenindustrie und die Gruppe beherrscht in entscheidender Weise 12 englische Maschinenfabriken.

Im Jahre 1927 kam es zur Fusion mit dem lange Zeit überragenden, aber anscheinend überinvestierten Armstrong-Konzern, wobei Vickers zwei Drittel und Armstrong ein Drittel des Besitzes halten. Es war nach der „Times“ die größte industrielle Fusion Englands; die neue Vickers-Armstrong Ltd. übernahm von Vickers die Werke Sheffield, Borton, Eskmeals, Erith, Darford, Swanley, Cynsford und St. Albans, von Armstrong die Werke Elswick und Openshaw sowie die Marinewerft am Tyne und Ridsdale. Da die Nebenbetriebe und die ausländischen Interessen beider Konzerne bei ihren Muttergesellschaften blieben, bildete Vickers für diese Betriebe zwei Holdinggesellschaften, die English Steel Corporation, welche die gesamten Eisen- und Stahlwerke der Gruppe und die Metropolitan Cammell Carriage, welche die Waggonfabriken übernahm. Armstrong brachte seine Nebenbetriebe in drei Gesellschaften ein, wobei die Maschinenfabriken, Schiffswerften und Eisenwerke nach ihrer Produktionsart zugeteilt wurden.

An Auslandsinteressen besteht vor allem eine enge Verbindung zur rumänischen Montanindustrie, die in der Monarchie im Besitz der Staatseisenbahngesellschaft (SEB) gewesen war, nach dem Umsturz zu einem erheblichen Teil an die Vickers überging. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Eisenwerke in Reșița, wo Vickers ebenso wie bei der SEB mit der Gruppe Aufsicht die Mehrheit hat. Von der SEB führen Verbindungen zu den österreichischen Wormald- und Wagners- und zur ersten polnischen Lokomotivfabrik, von den Eisenwerken Reșița wieder zur rumänischen Waggonfabrik „Astra“ sowie zur rumänischen Explosivstoffabrik. In Jugoslawien ist Vickers stark an der Serbischen Berg- und Hüttenindustrie „Sarbim“ beteiligt.

In Europa hat Vickers dann noch maßgebliche Beteiligungen in Spanien u. zw. bei der Sociedad Espanola de Construcción Naval, also einer Schiffswerft und bei der Waffenfabrik Placencia de las Armas Co, während die Beteiligung an der italienischen Montan- und Rüstungsgesellschaft Terni im Jahre 1927 aufgelassen wurde.

Die englische Rüstungsindustrie unterhält aber auch sehr enge Beziehungen zu Japan, wo schon vor dem Kriege mit dem Mitsui-Konzern bedeutende Geschäfte gemacht wurden. Gemeinsam mit Mitsui wurde dann die Kabushiki Kaisha Nihon Seiko-Sho (Japan Steel Works) gegründet, die heute übrigens japanisches Eisen zu Dumpingpreisen nach Europa liefert. Die enge Verbundenheit zwischen der englischen und japanischen Rüstungsindustrie läßt auch manche Schlüsse für die außenpolitische Entwicklung zu. Wenn man noch anführt, daß ein großer Teil des Direktionsrates von Vickers aus früheren hohen Mil-

itars besteht, die sicherlich ihre Beziehungen zu den leitenden Militärstellen Englands nicht aufgegeben haben, so kann man sich vorstellen, daß schon die Existenz dieses riesenhaften Rüstungskonzernes den Weltfrieden ganz außerordentlich bedroht.

Dat sich der französische Militarismus die Herrschaft über die Waffenproduktion in Mitteleuropa gesichert, um von hier aus seine Pläne fördern und verwirklichen zu können, so greift der englische Imperialismus darüber

Amnestie für nationalsozialistische Bombenleger und Totschläger von den Kommunisten gefordert.

Die Abgeordneten Dr. Fried und Torgler (Kommunisten) beantragen, die in Haft befindlichen nationalsozialistischen Abgeordneten Keller, Gregesch und die kommunistischen Abgeordneten Radbaleva, Buchmann und Thom freizulassen. Abgeordneter Torgler beantragt weiter die Aufhebung der Bürgerfriedens-Notverordnung.

Abgeordneter Pittmann (Sozialdemokrat) stimmt der Haftentlassung der drei Kommunisten zu und richtet an die Nationalsozialisten die Frage, ob es richtig sei, daß die Abgeordneten, deren Freilassung sie fordern, wegen Totschlags und Bombenlegerei im Gefängnis sitzen. Diese Fälle müßten erst dem Geschäftsausschuss überwiesen werden. Abg. Dr. Fried erklärt, nach dem Widerspruch des Abgeordneten Pittmann gegen die sofortige Haftentlassung der Nationalsozialisten widerspreche er auch der sofortigen Haftentlassung der Kommunisten. (Lärm links.)

Versanden der Abrüstungskonferenz? Rünmächtebesprechung dauert an

Genf, 6. Dezember. Die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Amerikas, Frankreichs und Italiens trafen heute um 10 Uhr zu der ersten gemeinsamen Besprechung über den Stand der Abrüstungsfrage zusammen. Ueber den bisherigen Verlauf der Rünmächtebesprechungen wird von französischer Seite folgendes bekannt: Norman Davis (Amerika) erläuterte zunächst seinen Vorschlag eines vorläufigen Abkommens, worin die ersten Abrüstungsmassnahmen enthalten wären, über die man sich bis zum Ende dieses Jahres einigen könnte. Eine ständige Kommission würde den Auftrag erhalten, die Arbeiten der Konferenz zu verfolgen und insbesondere die Lösung der politischen Forderungen in der Gleichberechtigung- und Sicherheitsfrage zu suchen. Als Unterlage für seine Darlegungen hat der Vertreter der Vereinigten Staaten dem deutschen Außenminister eine Aufzeichnung überreicht, in der, zunächst offiziös, die verschiedenen Herabsetzungen im einzelnen aufgeführt sind, die in den Land-, Flotten- und Luftkräften vorgenommen werden könnten. Freiherr v. Neurath hat, ohne den amerikanischen Vorschlag von vornherein abzulehnen, eine kurze Frist verlangt, um ihn zu prüfen und seine Regierung zu befragen. Er hat andererseits auf die Notwendigkeit hingewiesen, den französischen Standpunkt zu diesem Vorschlag zu kennen. Ministerpräsident Herriot hat die Einstellung Frankreichs noch einmal dargelegt. Er erklärte, daß die französische Regierung der deut-

weit hinaus bis nach Japan, um in Verbindung mit der stärksten Militärmacht Asiens die geschichtliche Entwicklung entscheidend beeinflussen zu können. Der ungeheure politische Einfluß, den die Rüstungskonzerne besitzen, zwingt die Arbeiterklasse zu größter Vorsicht und Aufmerksamkeit, damit nicht infolge des Rüstungswahns wieder einmal die Kanonen „von selbst“ losgehen, wenn es den Herren Schneider und Vickers aus Gründen ihres Profites gefallen wird. J. B.

sehen Forderung nach Gleichberechtigung nicht feindselig gegenüberstehe unter der Voraussetzung, daß diese Gleichberechtigung in einem internationalen Regime ausgebaut werde, das allen interessierten Staaten eine gleiche Sicherheit gewähre. Herriot wies abschließend darauf hin, daß nach seiner Meinung das praktische Mittel zur Erreichung des angestrebten Zieles sei, die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten fortsetzen zu lassen, insbesondere durch Erörterung des französischen Planes zur Organisation des Friedens. Die Besprechungen der Vertreter der fünf Mächte werden heute nachmittags 3 Uhr wieder aufgenommen werden.

Hoovers Botschaft.

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) In der Botschaft, welche Präsident Hoover heute bei Eröffnung des Kongresses vortrug, nahm er nicht Gelegenheit, auf die englische und die französische Note zu antworten, und erwähnte auch nicht im geringsten die Prohibitionsfrage.

Italien zählt.

Rom, 6. Dezember. (Stefani.) Der Große Fascistische Rat hat einen Antrag angenommen, durch den die Regierung aufgefordert wird, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldentate an die Vereinigten Staaten zu zahlen, wenn nicht unvorhergesehene Umstände eintreten sollten. Die Ratenzahlung beläuft sich auf 1.245.437 Dollars, d. i. 24 Millionen Lire. Dieser Beschluß wird mit dem Bestreben begründet, daß eine spätere Diskussion über die die italienischen Kriegsschulden betreffenden Fragen in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständens geführt werden könnten.

Die Arbeitslosen vor Washington.

Washington, 6. Dezember. Die Teilnehmer an dem Hungermarsch, die gestern, am Tage der Eröffnung der Kongress-Session, eine große Massendemonstration veranstalteten, nahmen an vier verschiedenen Stellen Aufstellung. Im nordöstlichen Teile der Stadt allein betrug die Zahl der Teilnehmer an dreitausend. Ihre Forderungen, die besteht waren, alle gesellschaftlichen Maßnahmen auszuweiten, um die Behörden zur Aufhebung der Verordnung zu veranlassen, durch die es verboten war, in geschlossenem Zuge die Stadt zu betreten, wurden abschlägig beschieden. Der Sekretär des Arbeitslosenrates, Benjamin, der durch die Unnachgiebigkeit des Polizeipräsidenten Brown enttäuscht war, teilte mit, die Arbeitslosen würden den Versuch unternehmen, am nächsten Dienstag neuerdings eine Manifestation zu veranstalten.

Als erste Maßnahme des Sparprogrammes, das durch den mäßigen Stand der New Yorker Stadtfinanzen notwendig geworden war, wurde eine Herabsetzung der Gehälter der Gemeindeangestellten im ganzen um zwanzig Millionen Dollars angeordnet.

Niederlage der mandschurischen Chinesenarmee. Die Reste des Heeres auf russisches Gebiet gellüchtet.

Moskau, 6. Dezember. (Tag.) Aus Uchta wird gemeldet: Von der Station Mandschuria aus begann die Flucht der chinesischen Armee des Generals Supingwen auf sowjetrussisches Territorium. Der chinesische Kommandant in Mandschuria erschien beim Stationsvorstand dortselbst und forderte die Abfertigung von Jüngen nach dem sowjetrussischen Territorium. Da sich der Stationsvorstand weigerte, diesem Ersuchen nachzukommen, erklärte der Kommandant, daß er die Jüngen mit Waffengewalt absenden werde. Sodann zerbrachen unter dem Kommando von Offizieren die chinesischen Soldaten die Schloßer der Bahnweichen und fertigten Jüngen ohne Beobachtung von irgendwelchen Eisenbahnschriften ab. Unter den Evakuierenden befinden sich auch Zivilbeamte mit ihren Familien. Auf diese Weise schlugen sich auf 86 Haltestellen und sodann auch auf weiterem sowjetrussischen Territorium einzelne Teile der Truppen des Generals Supingwen durch. Ein Teil der Flüchtlinge gelangte zu Fuß auf sowjetrussisches Gebiet. Die auf Sowjetterritorium gellüchteten chinesischen Soldaten und Offiziere werden entwaffnet und interniert. Insgesamt wurden indessen etwa 1000 Mann interniert. Die chinesischen Truppen führten von Mandschuria aus drei Waggons mit, in denen sich der japanische Resident und chinesische Angestellte Mandschuriens befanden, die sich auf dem Territorium aufgehalten hatten, das von General Supingwen besetzt wurde. Der japanische Resident und die chinesischen Angestellten Mandschuriens wurden nach der Station Nadiwskaja übergeführt, um je nach Wunsch entweder in die Mandschurie oder nach Japan weiterreisen zu können. Der Vorsitzende der japanischen Kommission in der Stadt Nadiwskaja, Tamatsubara, reiste mit Erlaubnis der Behörden durch 86 Haltestellen und über die Station Mandschuria.

Benes zum Konflikt China-Japan.

Genf, 6. Dezember. In der heutigen außerordentlichen Völkerversammlung hielt bei Beratung des Chinesisch-japanischen Konfliktes auch Außenminister Dr. Benes eine Rede, der einleitend die Wichtigkeit des Augenblickes betonte, in dem die Völkerversammlung zum erstenmale berufen ist, nach Artikel 15 des Vates zu verhandeln, d. i. in einer so wichtigen Frage in letzter Instanz gegen eine der Konfliktparteien eine Entscheidung zu fällen.

Ein neuer Monarchistenputsch in Spanien?

Madrid, 6. Dezember. Kurz nach Mitternacht wurden die strategischen Punkte der Stadt durch Stoktrupps der allgemeinen Sicherheitspolizei besetzt, die einen scharfen Ueberwachungsdienst um die öffentlichen Gebäude, Ministerien und das Hauptpostamt ausübten. Man weiß noch nicht genau, worauf diese Vorsichtsmaßnahmen zurückgehen, doch sind in den letzten Tagen Gerüchte über eine neue Bewegung gegen die Regierung in Umlauf gewesen.

13

Franz Hüllers

Der k. u. k. Sanitätsdickus

„Herrleben, du bist kein Offizier, du bist nur ein Feldwebel, denn ich mich aus in die österreichische Armee, leider Gottes.“

„Was heißt leider Gottes?“

„Herrleben, hab Erbarmen mit mir, bring zurück einen Familienwater zu seinen Kindern!“

„Sprich, Unglücklicher, aber mach dir nicht viel Hoffnung, ich kann selber nicht zu meinen Kindern!“

„Herrleben, ein Verfolgter bin ich und will Gnade finden in den Augen des Generals, der morgen in dieses Dorf kommt beim Morgengrauen.“

„Wieso weißt du das?“

„Herrleben, du staunst, ein Spion bin ich, muß mir verdienen zu essen hartes Brot, hart und bitter.“

„Wer hat es dir geschafft?“

„Herrleben, was bleibt übrig einem Verfolgten, oh, soll Gott geben, daß ich Gnade finde.“

„Hör zu, darüber läßt sich reden, aber ohne Kognak ist bei mir nichts zu machen.“

„Herrleben, mach nicht unglücklich einen Familienwater, denn wenn kommt der General und wird fragen, wieso ist der Feldwebel befohlen, wer hat ihm Schnaps gegeben, wird er mich aufhängen lassen, wie mit mir getan hat der russische Oberst.“

„Du scheinst etwas blöd im Kopfe zu sein, Väterchen, was hat dir der russische Oberst getan?“

„Herrleben, lieb er mich, Herrleben, und ich mußte dem Genler zwei Flaschen Rum geben und er hat an meiner Stelle aufgehängt meinen Nachbar.“

„Und ist damit die Sache nicht erledigt, ich meine weiß du sagst daß du verfolgt wirst.“

„Nicht von die Russen, Herrleben, von die Oesterreicher.“

„Was hast du verbrochen?“

„Herrleben, habe ich geliefert für Militär, Herrleben, und sie sind etwas zu klein ausgefallen. Nun wenn schon, dachte ich mir, zum Piegen in Militärmagazin sind sie groß genug. Und sind auch gut gelegen dorten viele Jahre, aber kann ich wissen, daß sein wird Krieg und sie werden fragen, wer hat geliefert die kleine Hemden?“

„Lieshen sich die Hemden nicht größer machen?“

„Das wollten sie nicht, Herrleben, wollten mich einiperrern, mußte lleshen zu die Feinde, habe schweres Leben gelebt, mußte machen den Spion unter falschem Namen, die Hemden aber sind gekommen in Militärlagerhaus für Kinderchen von sechs Jahren, schöne Hemden, Herrleben, gutes Leinen.“

„Also morgen geh ich mit dir zum General, aber bitten werde ich für dich nicht, im Gegenteil, ich werde ihm sagen, daß du mir deinen Kognak vorenthalten hast, dann wirst du schon mit deinen Schänen herandrücken, mein lieber Herrleben, dann kannst du zuschauen, wie ich den Kognak mit meiner Exzellenz trinken werde.“

„Herrleben, wenn die Sache so ist, daß der General hat ein menschliches Herz, so führe mich zu ihm noch heute und wie du mir das Leben gerettet hast, werde ich es dir retten und der General soll werden diese Ortschaft, denn man weiß, daß er beschloffen hat hier zu wohnen und sie werden diese Ortschaft ganz zerziehen, daß nicht bleiben soll ein Stein auf dem anderen und daß sterben muß jeder, der sich hier aufhält: die Soldaten vor der Ortschaft aber werden keine Bedrängnis erleiden, sondern können ungehindert vorrücken.“

„So, dann lade deine Vorräte auf die Ka-

mele und lasse uns ziehen!“ Seine Exzellenz war von der Karlsbader Nachbehandlung in besser Verfassung eingerückt und freute sich herzlich, seinen Lebensretter und den Zeugen seiner Tapferkeit wiederzusehen. Der Alte schien ihm so weit vertrauenswürdig, daß er dessen Kognak genehmigte und die Ortschaft räumen ließ, als Quartier aber wies er ihm vorstichtshalber das Divisionsarrestlokal zu. Erst am nächsten Tage, als die vorausgeschickten Ereignisse tatsächlich eingetreten waren, schenkte er ihm seine Gastfreundschaft die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens aus strategischen Rücksichten zu erwirken, teilte ihn als unabehaltliche Hilfskraft dem Feldwebel zu und beurlaubte ihn zu seiner Familie. Emil erhielt für das Zustandekommen der kostbaren Beute und Aufdeckung des gefährlichen Spions eine hohe Auszeichnung und stieg weiter in der Gunst des Generals.

Der Alte verabschiedete sich in herzlichster Weise und meinte: „Herrleben, es ist ja schön, wie du es verstanden umzugehen mit dem General, aber ich will dir einen Rat geben: arbeite lieber mit mir!“

„Was, wo, wie?“

„Ich habe Pläne, die ich dir schreiben lasse einen Brief, sollst du zu mir kommen und es wird dir gehen zum Guten.“

Nach seiner zweiten so wunderbaren Errettung ließ Exzellenz den wackeren Sanitätsunteroffizier dem Divisionshabe zuteilen und batte ihn am liebsten um sich herum. Nun ist es ganz klar, daß ein derartiger Glanz, wie Emil, auch Heider haben mußte. Einigen seinen Herren von der Division war er ein Dorn im Auge. Was hat sich der diese Kerl hier breit zu machen, was bildet er sich eigentlich ein? Der Zivilprolet! Ist weder Offizier noch von Adel, nicht einmal Doktor und tut, als wäre er hier zu Hause, wie lange sollen wir uns das noch anschauen? Vergeden beschwichtige der brave Adjutant: „Leben und leben lassen, meine Herren, ich sehe nicht,

daß er jemandem im Wege wäre. Und was heißt, sich breit machen? Er ist von Natur aus nicht schmal, verlangen Sie nicht Unmögliches!“

Der ärgste Deyer war der Menageoffizier, Oberleutnant von Burdach aus Schimmelbach, ein Reffe des Armeekommandanten. Wegen schwachen Nogens feondienstantauglich, hatte er die schöne Kommandierung bekommen und statt sich damit zufriedenzugeben, entwickelte er allerhand krankhaften Ehrgeiz: „Schauet euch nur den Kerl an, wie herausfordernd er seine Redaktionen trägt, bald wird er für sie auf seiner Ammenbrust keinen Platz mehr haben und man wird ihm eine Dose nachtragen müssen, damit er alle seine Auszeichnungen unterbringen kann. Jam Kosen! Und unferens hat das militärische Element schon mit der Muttermilch eingesogen, aber das wird nicht anerkannt, nicht einmal ein dreißiges Signum laudis darf man sich anerkunden.“

„Das ist ganz gut so, ich möchte mich schämen, mit einem Signum herumzulaufen, das hat doch jeder Referesjud“, tröstete ein Herr Kamerad.

Aber Burdach entscheite sich weiter: „Zog selbst, ist das nicht lächerlich, für einen Kleinfingerverband eine Tapferkeitsmedaille?“

Sanz und vorstichtig meinte sich der Feldkurat in die Unterhaltung: „Eine Rebellion ist schön, meine Herren, aber erst muß sie gelungen sein, zuvor ist es immer eine risikante Sache! Es logt sich so „Kleinfingerverband“, aber mancher hat im kleinen Finger mehr, als ein anderer im Kopfe, und vergessen wir nicht, meine Herren, es war der Finger seiner Exzellenz.“

Burdach war entsetzt: „Wie du nur so reden kannst, Kommisschritus, ich glaube, vor Gott sind wir alle gleich, das muß du doch zugeben, da gibt es keine Exzellenzen, na also, da hast du den besten Beweis, warum soll ich nicht mein Signum bekommen?“

(Fortsetzung folgt.)

Neues Stundungsgesuch der Tschechoslowakei. Gestern in Washington überreicht.

Washington, 6. Dezember. Der tschechoslowakische Gesandte überreichte gestern im Staatsdepartement ein zweites Ersuchen um Aufschub der Ratenzahlung von 15 Millionen Dollars, welche die Tschechoslowakische Republik am 15. Dezember l. J. zahlen soll. In der tschechoslowakischen Note wird ersucht, daß das Schuldenübereinkommen einer fundamentalen Revision unterzogen werde.

Eine nationalsozialistische Versammlung beschließt einstimmig Dank und Vertrauen für die sozialdemokratische Partei!

Für Sonntag, den 4. Dezember, wurde von den Parteimitgliedern nach Waier im politischen Bezirk Döblich eine öffentliche Volkerversammlung einberufen, in welcher der Reichssekretär Schön aus Marienbad referieren sollte. Das Lokal war von Bau- und Forstarbeitern dicht besetzt. Der Nazi-Vertrauensmann fuhr dem Reichssekretär zur Bahn entgegen, führte aber allein zurück. Ob er den Reichssekretär gemerkt hat, oder ob dieser sich sonst verduftet hat, ist nicht bekannt. Die Versammlungsteilnehmer warteten vergeblich, Schön kam nicht. Die Versammlung wurde aber eröffnet und an Stelle des Reichssekretärs referierte unser Reichssekretär Genosse Kuplentz, welcher aufzeigte, was die sozialdemokratische Partei bisher geleistet hat und welche Ziele sie hat. Er unterzog die Nazis in Deutschland und bei uns einer Kritik und forderte die Versammlungsteilnehmer auf, fest zur sozialdemokratischen Partei zu stehen. Genosse Elias Fleischmann aus Oberdittling und Genosse Subatsch aus Schwarzbach würdigten die Verdienste der Partei für das arme Böhmerwaldvolk und forderten zur Treue auf. Genosse Anton Fleischmann aus Waier stellte den Antrag, der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für ihre Tätigkeit den besten Dank und das Vertrauen auszusprechen, welcher Antrag von der Versammlung mit Beifall und einstimmig angenommen wurde.

Střibný-Prozess.

Jgán, 6. Dezember. Den ganzen Vormittag wurden eingelaufene Briefschaften sowie weiteres Beweismaterial beziffert.

Regierungsrat a. D. Knotek sagte beim Requisitionsvorbehalt in Prag aus, er erinnere sich an irgendeine Uhr von Střibný. Er wisse aber nur, daß er den Auftrag gegeben habe, zu untersuchen, ob die Uhr die Střibný's sei. Es scheint ihm, Frau Střibný habe ihn um Intervention ersucht. Angeklagter Střibný konstatiert, daß seine Frau bei dem Jungen niemals gewesen sei. Die Polizeidirektion in Prag sendet ungenügende Informationen über den Jungen Poloska, hat unrichtige Angaben über das vermögensrechtliche Verhältnis Karl Střibnýs zu dem Angeklagten auf, teilt Einzelheiten über das Haus der Tochter Střibný's in Vinohrady mit und stellt fest, daß die Kaution für Střibný auf Anordnung seines Schwiegerjohannes Jna. F. sicher bezahlt wurde. Hieraus wurde ein von der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin gefandener Auszug aus dem Handelsregister der Tschechoslowakischen Handelsgesellschaft in Berlin, ein Auschnitt aus dem Inventar der 'Rebeli' (ist) vom 1. ds. und eine Reihe von Artikeln aus dem 'Český slovo', dem 'Právo lidu' und der 'Československá republika' aus dem Jahre 1920 beziffert. Als aus der Publikation 'Kávodní štroubák' der Artikel 'Auftritt der vierten Beamtenebene Cernýs und das Verhältnis der dritten Regierung zur Nationalversammlung' beziffert wurde, erklärte Angeklagter Střibný, daß er den Autor des Artikels in Dr. Jendel Poloska, einem absolut objektiven Menschen, festgestellt habe, so daß er sagen könne, daß durch den Artikel die Aussagen einer ganzen Reihe von Zeugen widerlegt wurden.

Der Vormittag fand seinen Abschluß mit der Verlesung der Protokolle und Konstitute der Angeklagten vom Kreisstrafgerichte in Prag vom April 1931.

Bearbeiter-Verhandlungen im Arbeitsministerium.

Gestern um 10 Uhr wurde im Ministerium für öffentliche Arbeiten die Konferenz der Kontrahenten des Bearbeiter-Kollektivvertrages aus dem nordwestböhmisches Kohlenrevier eröffnet. Die Verhandlung leitet Ministerialrat Dr. Kurz.

Die Lage der tschechoslowakischen Textilindustrie war Gegenstand von Beratungen, welche gestern den 6. Dezember im Handelsministerium stattfanden und von Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiterorganisationen besucht waren. Die Konferenz wurde vom Handelsminister Dr. Kautsky eingeleitet, der ein Bild der Lage in der Textilindustrie gab und die bevorstehenden Verhandlungen mit Oesterreich und Ungarn, die hauptsächlichsten Regelungen im Devisenverkehr sowie einige Zollfragen erörterte. An die Ausführungen des Ministers knüpfte sich eine längere Debatte, in der für die Arbeiter der Textilindustrie der Redakteur ihres Fachblattes, Genosse Meier, sprach. Die Redner waren darin einig, daß die Situation in der Textilindustrie äußerst kritisch ist und daß man alle Hindernisse des Exports aus dem Wege räumen müsse. Eine Reihe von Beschwerden wurden über die Praxis der Devisenzentrale vorgebracht und Regelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland und bessere Durchführung der Kompensationsgeschäfte verlangt.

Budget nicht vor nächster Woche. Parlament verfaßt sich auf den 13. Dezember.

Prag, 6. Dezember. Die Voraussetzungen, daß heute oder wenigstens im Laufe dieser Woche das Budget und die damit zusammenhängenden Vorlagen, das Gehaltsgesetz, das Budgetprovisorium und eventuelle neue Steuerentwürfe dem Parlament vorgelegt werden sollen, haben sich wieder einmal nicht erfüllt. Die Verhandlungen innerhalb der Regierung, bzw. der Regierungsparteien gestalten sich vielmehr so schwierig, daß man die nächste Parlamentsitzung erst auf Dienstag, den 13. Dezember festgesetzt hat, um eine weitere Frist von einer Woche zum Abschluß dieser Verhandlungen zu gewinnen. Ob zu diesem neuen Termin die Vorlage aller der erwähnten Gesetzentwürfe erfolgen wird, ist noch keinesfalls sicher.

Der Schwerpunkt der politischen Verhandlungen liegt heute bei dem Budget-Ziebereauschluß der Koalition, der permanent toat und sich vor allem mit den von Finanzminister vorgelegenen Bedeckungsvorschlägen für die fehlende Milliarde in den Einnahmen befaßt. Die Aufstellung dieser fast unvermeidlichen neuen Kosten auf die einzelnen Bevölkerungsschichten stellt selbstredend angesichts der so verschiedenartigen Zusammenstellung der Regierungsparteien eine äußerst schwere Aufgabe dar und die verschiedenen Ansichten stehen hier oft hart aufeinander. Einzelne der bekanntgewordenen Bedeckungsvorschläge, so außer Fleischsteuer wahrscheinlich auch die Biersteuer, können schon fast sicher als begraben gelten, andere, so die geplanten Zuschläge zur Einkommensteuer, die man vielfach auch als 'Kopfstener', bzw. Beschäftigtensteuer ansieht, dürfen, wenn überhaupt, so nur in völlig geänderter Form zur parlamentarischen Verhandlung kommen.

Der Widerstand von bürgerlicher Seite gegen die Heranziehung der Arbeitgeber zur Arbeitslosenfürsorge dauert unvermindert an. Die sozialistischen Parteien beharren wieder unerschrocken auf der selbstverständlichen Forderung, daß in dieser Linie die vorliegenden Schäden in geeigneter Form zur Deckung des Budgetdefizits herangezogen werden. Um alle diese Dinge geht heute in der Koalition und in der Regierung ein Kampf, der an unsere Unterhändler in jeder Richtung die härtesten Anforderungen stellt.

Selbstredend sind diese Verhandlungen, die sich da abspielen, streng vertraulich. Was davon in die Öffentlichkeit, bzw. in die Presse dringt, ist meist nur eine längst überholte Fassung dieser oder jener Vorlage, und eher zur Verwirrung als zur Orientierung der Öffentlichkeit geeignet.

Daß die Vorlage über die Gehaltskürzung bereits vollkommen fertig sei und schon den Ministerrat passiert habe, ist nicht richtig. Lediglich die Verhandlungen über die — nicht zu umgehende — gestaffelte Kürzung der Besoldungen sind so ziemlich abgeschlossen zu sein. Wenigstens soll, wie man erfährt, das Finanzministerium bereits Vorarbeiten angeordnet haben, um diese Abzüge nach der Verabschiedung durch die Kammern bereits mit 1. Jänner durchzuführen zu können. Die Abzüge bewegen sich auf der bereits seit langem bekannten Höhe. Dagegen wird über andere Bestimmungen dieser Vorlage, namentlich über die Zulässigkeit von Nebenbeschäftigungen bei aktiven Staatsangestellten wie bei Pensionisten, noch weiter verhandelt.

Termine für die Behandlung dieser Vorlagen durch die beiden Kammern angegeben, ist unter diesen Umständen zweifellos; ebenso ist der Verlauf der Vorweihnachtsession noch nicht abzusehen.

Der Koalitionsziebereauschluß an der Arbeit.

Eine Reihe von Vorschlägen des Finanzministers, darunter auch die Fleischsteuer abgelehnt. — 600 Millionen bedeckt. — 300 Millionen fehlen noch.

'Bedruff Provo Vida' äußert sich gestern ausführlich über die Arbeiten des Ziebereauschusses der Koalition, der in wochenlanger Beratung Ersparungen am Budget durchgeführt hat und nun auch von der Regierung beauftragt wurde, sich mit der Bedeckung des noch bestehenden Budgetdefizits zu befassen. Das Blatt glaubt, daß dem Ziebereauschluß auch diese Aufgabe gelingen wird. Es schreibt:

Der Ziebereauschluß hat vergangene Woche ununterbrochen gearbeitet, trotzdem er nicht fertig geworden, und so wird die Arbeit der Regierung das Budget dem Abgeordnetenhaus Dienstag, den 13. Dezember vorzulegen, eingehalten, kaum möglich sein, wenn auch der Ziebereauschluß einen Teil des Materials bereits verarbeitet hat.

Es ist notwendig, für einen Fehlbetrag von 600 Millionen K, der nach den Ersparungen naheliegender, die die Ziebereauschüsse durchgeführt hat, noch übrig bleibt, zu bedecken. Davon entfallen auf den endgültigen Fehlbetrag des Budgets 475 Millionen K, auf Arbeitslosenunterstützungen 100 Millionen K, wofür es sich gezeigt hat, daß der ursprünglich präliminierte Betrag von 600 Millionen K um ungefähr 100 Millionen K überschritten werden wird. Soll sich es notwendig, eine Bedeckung für das Defizit der Sozialkassen (200 Millionen K) und für die Lehrgehälter zu finden, bei wofür letzteren der unbedeckte Teil 130 Millionen K beträgt.

Die Regierung hat dem Ziebereauschluß Anträge auf vollkommene Bedeckung dieser Fehlbeträge vorgelegt. Sie will sie gewinnen aus dem Regrek, aus der Erhöhung der Einkommensteuer, aus dem Besch über die Motorfahrzeuge, aus den Beiträgen der Eigentümer von Mineralwasserquellen, aus der Erhöhung der Biersteuer, aus

Allerdings wird es mit jedem Aufschub wahrscheinlich, daß die restliche Zeit bis zum heiligen Abend zur Verabschiedung aller dieser Vorlagen zu kurz sein wird und auch die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr für Sitzungen einer oder beider Kammern wird herangezogen werden müssen.

Roggenbro'vorlage angenommen.

Die heutige Parlamentsversammlung befaßte sich zunächst mit dem Roggenbro'gesetz, das bekanntlich wieder die Annullierung des Roggen nur bis zu 65 Prozent und die obligatorische Herstellung eines Roggenbrottes mit einer höchstens zehnprozentigen Beimischung von Weizenmehl vorseht.

Der Referent Jadrná schätzte die Roggenüberschüsse der heutigen Ernte auf etwa 4 Millionen Zentner. Die heutige Roggenernte beträgt etwa 2175 Millionen Zentner, der Bedarf auf Grund des Durchschnittes der letzten sechs Jahre etwa 175 Millionen Zentner.

Der Ernährungsausschuß beantragte zur Vorlage zwei Resolutionen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Zuteilung von Roggenbrot bei Dispositionen für die Arbeitsschichten in die Wege zu leiten, ferner unerschrocken das vorbereitete Kartellgesetz vorzulegen, das der Ausbeutung durch die Kartelle ein Ende machen soll, und den zulässigen Kernern den Auftrag zur Schmelze und entsprechenden Verstrahlung von Preisausschüssen zu erteilen.

Angriff auf das Getreidesyndikat.

Die Debatte wurde außer von Kommunisten nur noch von dem tschechischen Nationalsozialisten Mikuláš bestritten, der für eine Plamotzhaft, inwieweit sie in der Landwirtschaft möglich sei, eintrat. Die Anbaufläche für Roggen sei seit dem Krieg von 800.000 auf 1.040.000 Hektar gestiegen; da der Durchschnittsertrag heute auch noch den Rekord von 21,75 Zentner pro Hektar erreicht habe, so stehen wir jetzt vor unerschöpflichen Roggenüberschüssen, die er auf 575 Millionen Zentner schätzt. Nur eine Verringerung auf dem Arbeitsmarkt und die Erhöhung der Kaufkraft könne hier wirklich helfen.

Außerordentlich scharfe Angriffe richtete der Redner gegen das Getreidesyndikat und seine Interventionspolitik. Früher sei der Interventionsfonds überhaupt nicht angeührt worden. Erst jetzt in letzter Zeit seien Interventionskäufe getätigt worden, wo die Roggenmörkte schon zum größten Teil in den Händen des Handels und der Spekulanten seien. Hier habe es sich offensichtlich um ein gutes Geschäft und nicht um die Sicherung der Minimalpreise gehandelt. Das Syndikat sei überhaupt nichts anderes als eine Organisation des privilegierten Handels. Diese Einrichtung bedürfte der Redner, um dann eine nationalsozialistische Interpellation zu begründen, die eine Reorganisation des Syndikates forderte.

Die Roggenbro'vorlage wurde dann in beiden Lesungen angenommen.

In einer zweiten Sitzung wurde die Novelle zur Exekutionsordnung dem verfassungsmäßigen Ausschuss mit lechtägiger Frist zugewiesen. Die Vorlage steht als erster Punkt auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die für Dienstag, den 13. Dezember, 3 Uhr nachmittags anberaumt wurde. An weiterer Stelle steht die Vorlage über die Erhöhung der Abgabe von Grundmüssen.

Erweiterter Schutz des Schuldners bei Exekutionen.

Die Exekutionsnovelle im Parlament eingebracht.

Prag, 6. Dezember. Im Parlament wurde heute der bereits angekündigte Gesetzentwurf über die Novelle zur Exekutionsordnung und über die Strafverfolgung von Ungültigkeiten bei Exekutionen vorgelegt. Der Zweck der Vorlage geht dahin, einige Härten der bisherigen Vorschriften zu beseitigen, namentlich was die Verfeigerung beweglicher wie unbeweglicher Sachen betrifft, und einen wirksamen Schutz der Schuldner gegen Schädigung durch Maßnahmen von Personen zu schaffen, die aus der Beteiligung an öffentlichen Versteigerungen ein Gewerbe machen.

Die Bestimmung für das ganze Staatsgebiet wird das niedrigste, zulässige Angebot bei Versteigerungen erhöht, und zwar nicht nur bei Exekutionen auf Grund gerichtlicher Forderungen, sondern auch bei der freiwilligen Einbringung von Steuerrückständen durch die Steuerämter. Bewegliche Sachen dürfen um nicht weniger als die Hälfte (bisher ein Drittel) Immobilien dagegen um nicht weniger als zwei Drittel des Schätzwertes zugeschlagen werden. Für eine Nebergangzeit kann durch Regierungsverordnung das niedrige Angebot auch für bewegliche Sachen auf zwei Drittel des Schätzwertes erhöht werden.

Ferner wird die größtmögliche Publizität der Versteigerungen angeordnet. Sie müssen so angehängt werden, daß die dreizehn Kreise davon Kenntnis erhalten.

Die einjährige Frist für den Verkauf des durch Pfandung an beweglichen Sachen erworbenen Pfandrechts wird von einem auf zwei Jahre erhöht. Bisher mußte der Gläubiger schon vor Ablauf eines Jahres auf dem Verkauf der gepfändeten Sache bestehen, um nicht das Pfandrecht zu verlieren.

Weiters werden einige Vorschriften der slowakischen Exekutionsordnung geändert. Die Schätzung von Immobilien muß vom Gericht unter Hinzuziehung von Sachverständigen vorgenommen werden. Die Angebote erfolgen, wie in den historischen Ländern, vom Schätzwert auswärts, und nicht wie bisher, vom Auktionspreis abwärts.

Weiters ist in der Slowakei und in Karpatenland ein Versuch um Exekution abzuweisen, bzw. eine schon bewilligte Exekution über Antrag oder von amtswegen zu stilleren, wenn die betreffende Forderung nach dem Buchergesetz von 1888 unanfällig oder aus der Verlesung von altslowakischen Urkunden entstanden ist, die nach einem Gesetz von 1888 unanfällig ist, ferner wenn die eingetragenen Zinsen das höchzulässige Maß überschreiten.

Der § 7 der Vorlage führt allgemein Strafbestimmungen ein, falls jemand durch Verletzung unwahre Nachrichten, durch Verschwendung von Vermögenswerten uhn, andere Personen von der Beteiligung an einer Versteigerung abhält oder in kurzer Zeit Sachen, die in einer öffentlichen Versteigerung zum Zwecke des Wiederverkaufs erworben wurden, mit einem übertrieben hohen Gewinn weiter verkauft. Die Strafen bestehen in Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten, in schweren Fällen (falls ein beträchtlicher Schaden dadurch entstand, bzw. drohte, oder der Täter daraus ein Gewerbe macht) mit strengem Arrest von einem Monat bis zu einem Jahr. Neben der Freiheitsstrafe können Geldstrafen von 50 bis 5000 Kronen verhängt und ein Verbot der Beteiligung an Versteigerungen bis auf die Dauer von drei Jahren ausgesprochen werden.

Der Motivenbericht führt an, daß angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auch Vorschläge auftauchten, in Ausnahmefällen auch gegen den Willen der Gläubiger eine Einstellung von exekutiven Forderungen zu bewilligen. Dagegen hätten sich namentlich die Gläubiger mit der Begründung gewehrt, daß dadurch nicht nur der inländische, sondern auch der ausländische Kredit schwer bedroht würde. Daher habe sich die Regierung nicht entschließen können, in die Vorlage Bestimmungen über die Einstellung von Forderungen, bzw. den Aufschub von Exekutionen aufzunehmen. Auch die vorgelegenen Änderungen erhöhen jedoch in beträchtlichem Maße den Schutz der Schuldner und werden in einigen Fällen auch den Gläubigern von Nutzen sein.

Bigisten und Deutschbürgerliche.

ammengehen in der Prager Stadtverordnetenversammlung.

Die Zentralvertretung der Stadt Prag hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, am Montag eine Wahl in den Landesparlament für Böhmen vorgenommen und zwar einen Sozialdemokraten deutscher Nationalität, weil es sich um die deutsche Sektion des Landesparlament handelte. Dabei kam es zu einer Kampfabstimmung, bei der 33 Stimmen abgegeben wurden. Es entsfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Dr. Strauß 47 Stimmen, den Kandidaten der Deutschbürgerlichen Dr. Plautner 22 Stimmen den Kandidaten der Kommunisten 11 Stimme und 3 Stimmen waren verstreut. Bemerkenswert ist, daß für den deutschbürgerlichen Kandidaten, also für den nach bürgerlicher Auffassung denationaleren Mann, die ärgste Chauvinisten auf dem Prager Rathaus, nämlich die Liga des Herrn Střibný, stimmten und daß sich der Stadtrat Dr. Epštein besonders bemühte, diese Stimmen für den Kandidaten der Deutschbürgerlichen zu gewinnen, was in jeder Hinsicht ein nächstes Mal nicht hindern wird, sein Phrasen von deutscher Würde wieder loszulassen.

Menschenraub an der jugoslawisch-österreichischen Grenze.

In der Nacht auf Samstag ist der Hilfsarbeiter Anton Stermiz, der in Bach bei Leifing auf österreichischem Gebiet nahe der jugoslawischen Grenze wohnt und bei einem Gutbesitzer als Zimmermann beschäftigt war, von einer bewaffneten jugoslawischen Bande aus dem Bette geholt, auf einen Karren gefesselt und über die Grenze nach Jugoslawien geschafft worden. Zur Bande gehörten auch jugoslawische Amtsdorgane.

Stermiz war früher jugoslawischer Staatsbürger, trat jedoch aus dem jugoslawischen Staatsverband aus, ohne bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erworben zu haben. Es wurde bekannt, daß jugoslawische Behörden 10.000 Dinar auf den Kopf des Stermiz ausgesetzt hatten, weil er kommunistische Flugblätter nach Jugoslawien geschmuggelt haben soll. Man hat Blutspuren entdeckt, die an die Grenze führten und blutbesudelte Kleider gefunden, die Stermiz gehörten. Es ist deshalb anzunehmen, daß er von den Jugoslawen ermordet wurde.

Diese Entführung erinnert an die anderen Grenzwirtschaften, die sich in der letzten Zeit ereigneten. Im April dieses Jahres wurden die beiden Kommunisten Raimund Karpey und Maximilian Rappold, die aus Eisenappel in Kärnten stammen, auf Grund einer Demunziation über die Grenze gelockt, verhaftet und auf die unmenschlichste Weise gemartert. Im August wurde der österreichische Staatsbürger Franz Enzi auf grausame Weise ermordet, nachdem er 52 Stunden lang in Sonnenhitze und Kälte Regen mußte. Enzi verstarb bei lebendigem Leibe.

Der neue Vorfall hat begreiflicherweise in Österreich große Erregung hervorgerufen. Die österreichische Sozialdemokratie verlangt eine strenge Untersuchung des Falles und das diplomatische Einschreiten der österreichischen Regierung.

Tagesneuigkeiten

Im Kampf ums Dasein gefallen.

So mühte die Grabinschrift jener zwei Menschen lauten, von denen die Zeitungen in den letzten Tagen folgendes gemeldet haben: „Der fünfundsiebzigjährige Franz Tandler aus Serbien und der fünfundsiebzigjährige Karl Pelz aus Sobortin, die in einem sogenannten wilden Schacht bei Turu arbeiteten, wurden von Kohlengruben getötet. Mit Mühe gelang es, ihre Leichen zu bergen.“ Eine ganz einfache Meldung über den Tod zweier junger Menschen. Die meisten Zeitungslieser werden die Notiz überfliegen haben, wie die Meldung über die Reize Herrichts nach Genf und wohl auch mit der gleichen Behauptung übergegangen haben. Was ist das schon, der Tod von zwei Menschen, in einer Zeit, da Krieg, Revolutionen und Naturereignisse Tausende niederwerfen, da Hunderte freiwillig die größten Gefahren für sich herbeiführen, im ewigen Eise des Nord- oder Südpols zugrunde gehen, den Ocean überfliegen, in die Stratosphäre aufsteigen, wahnwitzige Autorennen mitmachen, als ob der Tod das höchste Ziel aller Lebenden wäre. Deshalb macht man auch nicht viel Wesens von dem Tode der zwei Schwarzarbeiter, und wenn das Unglück überhaupt kommentiert wird, dann fügt man der Unglücksmeldung höchstens noch bei, man hätte schon verschiedentlichemal darauf aufmerksam gemacht, daß an gewissen Stellen, schon aus Gründen der Sicherheit, vor dem Kohlengraben gewarnt worden sei. Sonst hat man nichts zu dem tragischen Sterben der zwei jungen Menschen zu sagen.

Wenn ein bekannter Herrrentier bei einem Rennen stürzt und als Leiche vom Platze getragen werden muß, wenn sich eine bekannte Filmdiva bei irgend einem Unstun in den Finger schießt, wenn ein eifersüchtiges Weib ihre Kavalierin zu lynchen versucht und ein Hund oder ein Kammingen oder ein saules Weib den Schönheitspreis bekommt, dann schreibt man Spalten über das Ereignis und die Menschen, die im Mittelpunkt desselben stehen. Denn das sind Dinge, die Interesse bei allen, die der bürgerlichen Welt angehören, erwecken, Dinge mit denen man die Geister dieser Welt nährt und erhält.

Wenn aber so ein unbekannter Bergarbeiter an Kohlengruben erstickt, noch dazu einer oder zwei, die gar kein Recht zum Arbeiten, sondern nur das Recht zum Hungern hatten, die verpflichtet waren, arbeitslos zu sein und dennoch freiwillig eine wilde Grube aufzumachen, um schließlich darin zu erstickten, so schreibt man darüber so wenig als möglich, denn je mehr man über diese Sache schreibt, um so mehr erinnert man daran, daß es in der Welt neben Herrrentierern, Filmdivas, Diplomaten und Handweichtern auch noch Arbeiter, ja sogar Schwarzarbeiter gibt, die unter höchster Lebensgefahr hinarbeiten, um ein paar Kilo Kohle zu graben, damit sie sich vor Hunger und Kälte schützen. Was waren denn das eigentlich für zwei Menschen, die in einem „schwarzen“ Schachte das Leben ließen? Zwei Arbeitslose jedenfalls, die entgegen allen Verböten, Warnungen und Drohungen zu leben versuchten und weil man ihnen eine legale Lebensmöglichkeit nicht gestattete, gingen sie hin und richteten sich in illegaler Weise zum Leben ein. Irigendwo auf den weiten Kohlenfeldern, die verlassen daliegen, eröffneten sie einen Schacht, der keinen Namen und auch keinen gesetzlichen Schutz hatte. Sie gruben Kohle, die sie entweder selbst verbrauchten oder verkauften. Sie wußten schon, daß es gefährlich sei, auf diese Weise nach Kohle zu tun, sie kannten gewiß die Tücken der Eigentümern, daß in der Erde mancherlei Gefahren auf sie lauerten. Sie trieb nicht die Sensationslust, nicht der Uebermut, nicht der Wunsch eines tolle Weibes in die Gefahr, sondern der Hunger, die bittere Not. Sie wollten nicht betteln gehen, sondern arbeiten, ergaunten sich die Arbeit, die man ihnen verweigerte. Daß der eine der Arbeiter in den Schacht hinunterfiel, als der andere bereits tot war, in dem Glauben, ihn noch retten zu können und dabei selbst den Tod fand, macht das Sterben dieser zwei Proleten noch größer als es schon war. Zwei Proleten wollten Menschen sein und nahmen die Arbeit als ewiges Recht hin. Zwei unbekannt Bettellose starben den Feldentod! Zwei von den fünfzig Millionen Ko-

gen die Welt des Reichtums des Nordes an, zweidenen man niemals ein Denkmal setzen wird, obwohl sie es wirklich verdient hätten.

Kriegsschiff-Katastrophe in Japan.

Tokio, 6. Dezember. Der japanische Zerstörer „Sawarabi“ ist bei Formosa gesunken, 106 Mann der Besatzung werden vermißt.

Ein Bergarbeiterstreit in Ungarn.

Budapest, 5. Dezember. (M.Z.) In den Kohlengruben der Donauschiffahrts-Gesellschaft in Fünfkirchen sind etwa 2000 bis 2500 Arbeiter in den Ausstand getreten, da die Bergleute am vorigen Freitag nur 2 Prozent ihres Lohnes erhalten haben und da ihr Verdienst in den letzten Monaten überhaupt stark abgenommen hat. Zur Beilegung des Ausstandes sind die Schlichtungsverhandlungen eingeleitet worden.

Nicht bei der Bank.

beim Bankdirektor suchten Einbrecher Geld.

Unbekannte Täter unternahmen in der Nacht zum Montag den Versuch, die Zweigstelle der Danubank in Belle Kapusany in der Tschechoslowakei auszurauben. Sie drangen in den Keller ein und gelangten durch den durchbrochenen Fußboden in die Räumlichkeiten der Bank. Die Hauptkasse ließen sie unangetastet, versuchten hingegen die Kasse im Empfangszimmer des Bankdirektors auszuplündern. Wie wohl sie die Kasse zweimal anbohrten, gelang es ihnen nicht, sich des Inhalts derselben zu bemächtigen. Allen Anzeichen hatten sie unzulängliche Einbruchswerkzeuge mit sich geführt. Sie entnahmen bloß dem Auslagenfenster ausländische Münzen, mit denen sie das Weite suchten. Allem Anschein nach handelt es sich um dieselbe Bande, die in Uhorod ihr Unwesen treibt. Nach den Tätern wird gefahndet.

Drachseil über der Straße.

Banditen überfallen ein Auto.

Alleinsteinst (Ostpreußen) 6. Dezember. Der mit mehreren Personen besetzte Kraftwagen des Lehrers Spreewald aus Ortelsburg ist in der vergangenen Nacht in Rudauwald überfallen worden. Quer über die Straße war ein Baumstamm gelegt worden. Als sich der Kraftwagen bis auf etwa zwanzig Meter dem Hindernis genähert hatte, fielen acht Schüsse, von denen einer Spreewald in den Kopf traf. Seinen Begleiter gelang es, den Wagen sofort zu wenden und den Verletzten in die nächste Stadt ins Krankenhaus zu bringen.

Wie später festgestellt wurde, war vor dem Baumstamm ein Drachseil über den Weg gespannt gewesen, das aber bereits von einem vorher durchfahrenden Kraftwagen zerrissen worden sein muß.

Es wird ein Wein fein?

Washington, 6. Dezember. (Reuter.) Der kalifornische demokratische Senator Lea unterbreitete gestern im Repräsentantenhaus einen Antrag auf Abänderung des Prohibitionsgesetzes, durch den der Verkauf von natürlichem gegorenem Wein erlaubt wird. Kalifornien hat nämlich Millionen Gallonen Weins für den Verkauf vorbereitet.

Auf die Reinheit der Seele kommt es an!

Nur der Liebe nämlich. An der völkischen Liebe. Nur so, nur wenn „die Seele rein“ ist, kann Hitlers Wort von den „rauhem Landsknechten“, die bekanntlich, wenn sie nicht zur römischen Art gehören, Weibern gegenüber nicht zimperlich sind, in Einklang gebracht werden mit der strengen Keuschheitsforderung, die an die teutsche Frau gerichtet wird. Nur an die Frau! Bei der kommt es wieder mehr auf die „Reinheit“ des Körpers an. Also, um das zu verstehen, muß man schon den Aufsatz Gregor Strassers „Doppelte Moral? Jawohl!“ lesen und daraus erfahren, daß es der Wesenheit arischen Blutes entspreche, vom Manne Reinheit der Seele, von der Frau Reinheit

des Körpers als Mitgift zu verlangen. — So kann also der rauhe Hittlerische Landsknecht frohgemut durch Bordelle wandern und sich die Syphilis holen und idrische völkische Mädchen verführen und sie mit der andernwärts erworbenen Syphilis beglücken, kann tun, was man gemeinhin als „herumhuren“ bezeichnet, — das ist kein Schönheitsfehler am Charakter des SA-Mannes, wenn es nur mit reiner Seele geschieht. Die völkische Frau dagegen! Ja, die kann sich ausschweifendsten Phantasien hingeben und Gedankenzucht treiben, — das macht weiter nichts, denn bei ihr kommt es nicht auf die Seele, sondern auf die „Reinheit“ des Körpers an. Denn nach gutem alten Brauch will der germanische Held, wenn er sich „ausgelebt“ hat, zu guter Letzt noch eine teutsche Jungfrau fürs Ehebett. . . Aber gibt es bei dieser völkischen Sittenlehre nicht einen Rechenfehler? Wenn alle germanischen Männer nach Strassers Rezept Gebrauch von der ihnen empfohlenen und ihrem Wesen entsprechenden Doppelmoral machen, — wo nehmen sie schließlich, da doch zu solcher Betätigung immer zwei gehören, Deutschlands Huren für die SA-Armee nicht ausreichen dürften, Jüdinnen ausgeschlossen sind und man also doch auch landsmännlich-rauh lachend nach völkischen Jungfrauen wird greifen müssen, — wo nehmen sie also schließlich die Weiber mit den „reinen“ Körpern her? Der Ausweg wird wohl darin gefunden werden, daß zuletzt doch auch die völkischen Mädchen, Wesenheit männlich-germanischen Blutes fühlend und für sich in Anspruch nehmend, mehr Wert auf die „Reinheit der Seele“ legen als auf die „Reinheit des Körpers“ und, wie das auch sonst in der Welt vorkommen pflegt, dem künftigen Gatten die Mitgift bloß — vorlegen!

Schicht junior schwer verunglückt. Der Sohn des bekannten tschechoslowakischen Industriellen Georg Schicht junior wurde zusammen mit seinen zwei deutschen Freunden in der Nacht auf Dienstag bei einem Automobilunglück bei Godstone (England) in der Grafschaft Surrey schwer verwundet. Sein Wagen stieß mit einem Lastkraftwagen zusammen. Nach der ersten Hilfeleistung wurde Georg Schicht junior im Auto vom tschechoslowakischen Konsulaten in London, Jan Masaryk, ins Deutsche Spital in Dollstone bei London gebracht. Das Befinden des Verletzten hat sich in der Nacht gebessert.

Kriegsgefangener heimgelehrt. Ganz heruntergekommen ist dieser Tage der im August 1914 an der russischen Front bei Kraunk in Gefangenschaft geratene Michael Bara in seine Heimatgemeinde Kolesova bei Chust zurückgelehrt. Damals wurde er nach Sibirien transportiert, wo er noch bis vor kurzem verweilte. Er hatte vergeblich mit Hilfe von Kameraden, die schreiben und lesen konnten, nach Hause geschrieben. Bara, der nunmehr 44 Jahre alt ist, ist in Kolesova zu Fuß aus Polen, aller Mittel beraubt, eingetroffen. In der Gemeinde konnte ihn niemand mehr wieder-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag. Prag: 6.15 Symphonie, 9.00 Waldhornquartett, 9.40 Violoncellokonzert, 10.00 Deutsche Sendung: Bitte, laden Sie 40 Minuten, Funterabend, 19.00 Blasmusik, 20.05 Konzert, 22.15 Konzert. — Brünn: 11.00 Liederkonzert, 18.00 Deutsche Sendung: Der Klub, Hörspiel. — Berlin: 16.30 Kammermusik, 18.10 Heitere Musik. — Hamburg: 19.55 Rigoleto. — Königsberg: 16.30 Opernkonzert, 18.50 Kammermusik. — München: 11.00 Kammermusik, 19.25 Das Rheingold, Oper von Wagner. — Wien: 11.20 Sinfoniekonzert, 15.00 Gitarren-Kammermusik, 19.30 Bilder und Arien.

kennen, und es kostete ihn viel Arbeit und Mühe, seine Schwester und seinen Bruder davon zu überzeugen, wer er eigentlich ist. Seine Eltern sind längst gestorben.

Schüsse eines Entlassenen. In der Metallwarenfabrik Viktorin & Co. in Soatoboritz bei Gapa droht der 23jährige Arbeiter Barnuca auf den Direktor J. Trtsil und verlegte ihn schwer am Halse. Dann schoß er auf einen Beamten, ohne diesen jedoch zu treffen. Er flüchtete in einen nahen Wald, wurde aber festgenommen. Der verlegte Direktor wurde in das Krankenhaus gebracht. Der Attentäter gibt an, aus Rache gehandelt zu haben, da er entlassen worden war.

Kindermord in einem Hotelzimmer. Vor einigen Tagen mietete sich in einem Hotel in Deutsch-Brod eine Frau ein, die sich als Ärztin aus Budweis ausgab und die Miete für längere Zeit vorausbezahlte. Drei Tage blieb sie in Deutsch-Brod, dann erklärte sie, auf drei Tage verreisen zu müssen. Sie schloß die Zimmertür ab und nahm den Schlüssel mit. Als die Frist vergangen war, ohne daß der Hotelier etwas über den Verbleib der Frau erfuhr, ließ er das Zimmer gewaltsam öffnen, zumal von dort ein harter Leidengeruch entströmte. Die Angestellten fanden in einem kleinen Sandlocher die stark verweichte Leiche eines neugeborenen Kindes. Auf Grund der Anzeige wurde die Frau in Jungbunzlau festgenommen und dem Gericht eingeliefert. Sie gestand, das Kind ermordet zu haben.

Opiumschmuggler. Die Pariser Polizei verhaftete in der Nacht auf Dienstag neun Opiumschmuggler, die fast alle deutscher und österreichischer Staatsbürgerschaft sind. Allem Anschein nach handelt es sich um Berrugereien großen Umfangs.

Zwei bekannte Wiener Theater mußten nunmehr wegen finanzieller Schwierigkeiten ihre Tore schließen, und zwar das Bürgertheater und das Jodoriner „Colosseum“.

Bei einem heftigen Sturm erlitt ein Fischkutter in der Nähe von Tromsø schweren Schiffbruch. Fünf Mann der Besatzung kamen ums Leben.

Polizei folgt Tropfi am Schritt und Trit. Aus Paris wird gemeldet: Der dänische Dampfer „Bernstorff“, an dessen Bord Leo Tropfi reist, traf Dienstag gegen 2 Uhr morgens im Hafen von Dunquerque ein. Hier bestieg Tropfi den Zug, passierte vor 12 Uhr Paris, und zwar wiederum in Polizeibegleitung und ohne Aufenthalt zu nehmen.

Der schlesische Giftmischer.

Die fünf Morde des Schuhmachers Just aus Partwitz. Widerruf des Angeklagten!

Görlitz, 5. Dezember. (Sig. Ver.) Vor dem Görlitzer Schwurgericht schwebt gegenwärtig ein mit Spannung erwarteter Prozeß gegen den 33jährigen Schuhmacher Eward Just aus Klein-Partwitz (Kreis Hoyerwerra). Der Angeklagte wird beschuldigt, seine zweite Ehefrau Emma Just, seinen Schwoger (den Arbeiter Groba), dessen Ehefrau, dessen Sohn Richard Groba und dessen Schwiegervater Türl durch Arsen getötet zu haben.

Eine Wittwiflerin?

Der Schauplatz der Mehrzahl der Verbrechen ist ein kleines Gehöft in Klein-Partwitz. Besitzer des Anwesens war der 63jährige Landwirt Matthias Türl. Außer ihm lebten hier seine Tochter Emma mit ihrem Ehemann, dem Bergmann Groba; der sechsjährige Sohn Richard des Vaters; Just mit seiner Ehefrau Maria, der jüngeren Tochter des alten Türl. Just's Ehe mit Maria Türl war seine dritte; es befiel heute der dringende Verdacht, daß Just nicht nur seine ganze, ihm mißliebige Partwitzer Verwandtschaft, deren Anwesen er „erben“ wollte, sondern auch schon seine früheren Ehefrauen umgebracht hat. Maria Just tritt im Görlitzer Prozeß als Jungfrau auf; in wendischer Tracht; auf dem Kopf trägt sie einen weichen Kranz, das wendische Zeichen der Trauer. Frau Maria Just geb. Türl steht im übrigen unter einem gewissen Verdacht der Wittwiflerin. Man nimmt an, daß ihr das Vorgehen ihres Mannes bekannt gewesen sein muß. Auffällig ist auch, daß sich Frau Just in der Zeit der letzten Morde drei Tage lang unter dem Vorwand, sich wohl zu fühlen, in einer kleinen, nur mit einer Leiter erreichbaren Dachkammer verborgen gehalten hat. Andererseits steht fest, daß die jetzige Ehefrau des Angeklagten selbst eine Zeit lang in schwerer Gefahr schwebte. Kurz nach der Hochzeit hatte Just, der als arbeitslos galt und auf dem Partwitzer Hof eigentlich nur gebudelt wurde, die Heimat verlassen. Er zog sich durch Deutschland und kam schließlich auch nach Köln. Er knüpfte hier Beziehungen

in einem Mädchen an, bei dem er Geld vermutete. Er erzählte dem jungen Mädchen, daß er verheiratet sei, daß aber seine Frau bestimmt noch im selben Jahre einem schweren Herzleiden erliegen werde. . .

Der „Koch“.

Just mischte seinen Opfern — das erste war Emma Just, seine zweite Ehefrau — das tödlich wirkende Arsen erst in kleinen, verhältnismäßig harmlosen Dosen ins Essen, dann in immer größeren und gefährlicheren Quantitäten; da er auf dem Partwitzer Hof oft als „Koch“ arbeitete, boten sich ihm gute Gelegenheiten, Bißweilen schüttete er sich auch selbst etwas Arsen in den Kaffee, um über die gleichen Beschwerden klagend zu können. Die Ermordung Emma Just's erfolgte kurz nach ihrer Entbindung. Just hoffte, daß man die Vergiftungserscheinungen und den Tod mit der Entbindung selbst in Zusammenhang bringen werde. Die Rechnung war richtig; es fiel niemandem etwas auf. . . Erst als die vier späteren Verbrechen, die Just sämtlich auf die gleiche Weise verübte, ans Tageslicht gekommen waren, schöpften man Verdacht. Der Leichnam der Toten wurde oghumiert. Die medizinische Obduktion ergab starke Arsenspuren.

Es dauerte sehr lange, bis man in Klein-Partwitz gemerkt hatte, was Just mit seiner Verwandtschaft „spielte“. Nacheinander starben im September d. J. der Schwager Groba, sein sechsjähriger Sohn, seine Schwägerin und der Schwiegervater. Just erzählte im Dorf, daß die Familie von Grippe und Typhus befallen worden sei. Aber es fiel den Leuten auf, daß er sich so gern über Arien unterhielt. Auch glaubte man ihm nicht bei der Beschreibung der letzten Opfer den Schmerz am Grabe. Begräbnisnehmer sungen mit Just einen Streich an und verdächtigen ihn des Mordes. Es entstand ein Tumult. Schließlich drückte die Polizei zur Verhaftung des Schuhmachers. Ein Geständnis legte Just erst nach langem Kreuzverhör vor der Breslauer Kriminal-polizei ab.

Die Entwicklung der Menschheit.

Von Erich Kästner.

Einst haben die Kerls auf den Bäumen gehockt, behaart und mit böser Mißge. Dann hat man sie aus dem Urwald gelockt und die Welt asphaltiert und aufgekockt bis zur dreihigsten Etage.

Da haben sie nun, den Flähen entflohen in zentralgeheizten Räumen. Da sitzen sie nun am Telefon. Und es herrscht noch genau derselbe Ton wie feinerzeit auf den Bäumen.

Sie hören weit. Sie sehen fern. Sie sind mit dem Weltall in Fühlung. Sie puzen die Zähne. Sie atmen modern. Die Erde ist ein gebildeter Stern mit sehr viel Wasserfüllung.

Sie schießen die Brieffschaften durch ein Rohr. Sie jagen und jüchten Mikroben. Sie verstehen die Natur mit allem Komfort. Sie fliegen keil in den Himmel empor und bleiben zwei Wochen oben.

Was ihre Verdauung übrigläßt, das verarbeiten sie zu Waite. Sie spalten Atome. Sie heilen Inzekt. Und sie heilen durch Stillunterfuchungen fest daß Kajar Matijfche hatte.

So haben sie mit dem Kopf und dem Mund den Fortschritt der Menschheit geschaffen. Doch davon mal abgesehen und bei Nichte betrachtet, sind sie im Grund noch immer die alten Affen.

Die Rundfunkhörerzahl in der Tschechoslowakei. Im Oktober stieg die Rundfunkhörerzahl in der Tschechoslowakei um 8095 Personen. Im ganzen sind daher bei uns 444.008 registrierte Rundfunkteilnehmer. Im vergangenen Jahre betrug die Zunahme im Oktober 11.623 Hörer, so daß die diesjährige Zunahme um 928 Personen geringer ist. Trotzdem ist jedoch die bisherige Entwicklung des tschechoslowakischen Rundfunks befriedigend. (RN.)

Keine Entschädigung für Bullerjahn. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat beschlossen, dem Oberlagerverwalter Bullerjahn eine Entschädigung für die von ihm verübten mehr als sechs Jahre Zuchthaus nicht zu gewähren. Die Verhandlung, die zu seiner Freisprechung führte, habe weder seine Unschuld, noch dargetan, daß gegen ihn ein begründeter Verdacht nicht vorliege.

Einstein europamüde und in Amerika schlecht willkommen geheißen. Aus Washington wird gemeldet: Dem bekannten deutschen Gelehrten Professor Albert Einstein wurde nunmehr das Visum für die Reise nach den Vereinigten Staaten erteilt. Wegen den Aufenthalt Einsteins in Amerika protestierte eine Gruppe amerikanischer Frauen im Staatsdepartement. Dieser Tage sandte diese Frauenorganisation an das Staatsdepartement ein Schreiben, in welchem sie Professor Einstein beschuldigt, mit radikalen Organisationen in Verbindung zu stehen.

Abtuz eines Flugzeuges. Auf dem Flugplatz Soanen stürzte Dienstag nachmittags eine Klein-Sportmaschine aus bisher unbekannter Ursache ab. Die Führerin, ein Fräulein von Löben, erlitt schwere Verletzungen.

Von Wölfen zerrißen. Ein Bauer wurde bei Rowel in Wolhymen von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrißen. Zwei in der Nähe weidende Pferde wurden ebenfalls von den Wölfen angegriffen. Die Bevölkerung, die von der überhandnehmenden Wolfplage in ständiger Furcht lebt, bereitet umfassende Maßnahmen vor.

Geburtenregelung in Dänemark. Das Problem der Geburtenregelung ist nun auch in Dänemark aktuell geworden. Das Justizministerium hat eine aus Ärzten, Juristen und Pädagogen zusammengesetzte Kommission beauftragt, die Frage der Schwangerschaftsunterbrechung und des bisher verbotenen Betriebes von Empfängnisverhütungsmitteln eingehend zu studieren.

„Janatismus.“ Auf merkwürdige Art verhalten sich arbeitslose junge Leute kürzlich zum Kölner Sechzigerverein in der Rheinlandhalle. Auf einem neben der Sporthalle liegenden leerstehenden Hochhausgrundstück gruben sie ein Loch, streichelten einen drei Meter tief gelagerten unterirdischen Gang, arbeiteten sich weiter und gelangten so unter die Rennbahn. Nachdem sie alle Hindernisse aus dem Wege geräumt hatten, stiegen sie auf eine eiserne Tüt, entfernten die Klappen und kamen in die Halle. Etwa 30 Eindringlinge sind von den Wächtern festgestellt worden. Einer von ihnen war bei dem waghalsigen Unternehmen in den Luftschacht gestürzt, wobei er zahlreiche Verletzungen erlitten hatte.

Tödtlich von der Treppe gestürzt. Wie uns aus Weipert berichtet wird, ist ein alterer Einwohner der benachbarten jüdischen Gemeinde Cranzahl in der Dämmung dadurch verunglückt, daß er die Treppe seines Hauses hinunterstürzte. Hierbei erlitt der Bergungsfürde einen schweren Schädelbruch, den er nach kurzer Zeit erlag.

Der Tod auf der Straße. Wie uns aus Dux gemeldet wird, wurde der im dortigen Bezirk unter dem Namen „Schell-Ober“ bekannte Franz Hebel aus Borsch in der Nähe des Gasthauses „Zur Riesenquelle“ mit schweren Verletzungen tot aufgefunden. Nachforschungen ergaben, daß Hebel von einem Lastauto überfahren und sofort getötet worden war. Der Fahrer scheint den Unfall gar nicht bemerkt zu haben und hat die Fahrt fortgesetzt; indessen ist es bereits gelungen, das Auto festzustellen.

Weihnachtsvorbereitungen.

Hinter den Kulissen eines Warenhauses.

Während wir uns alle daran gewöhnt haben, nur noch höchstens bis zum morgigen Tage zu rechnen — weiter läßt der Verdienst den Geldbeutel nicht reichen —, sind hinter großen Schaufensterscheiben unsichtbare Hände bereits mit eifriger Vorbereitung beschäftigt. Das Weihnachtsgeschäft soll wieder einmal der große Kauztreiber sein; man spekuliert nicht mit Unrecht auf das Gemüt seiner Mitmenschen. Einmal im Jahr will jeder dem anderen eine Freude machen, und zu Weihnachten wird selbst der hartgesottene sentimental. Darüber weiß man im Warenhaus genau Bescheid, und wehe dem Direktor, der es nicht versteht, den Geschmack des Publikums so zu treffen, daß am 24. abends die Ladentische leer sind. Kein geringes Problem zu dieser Zeit drückender Not und sich immer wieder erneuernden Lohnabbaus!

Zunächst fängt der Kampf um die Seele und das Portemonnaie des Weihnachtscäufers in ruhigem Tempo an, denn er spielt sich vorerst ja nur „in den höheren Regionen“ ab. Da werden Abteilungsleiter und Reklameweis zu einer Konferenz gebeten. Aus diesem Zigarrenrauch quillt der Satz des Allgewaltigen: „Ganz besonders billig einkaufen und ganz besonders schöne Sachen!“ Schon schwärmen die Einkäufer in die Indusriefabrik, um an der Quelle unter großem Preisdruck die Schöler dieses Winters einzuhandeln. Jeder behauptet, das Schönste und das Billigste gefunden zu haben, während der Chef selbstverständlich anderer Ansicht ist. Von jetzt ab spielen sich die Ereignisse hauptsächlich in zwei Büros ab: Beim Reklameweis und beim Personalfchef.

Im Oktober läßt der Werbeleiter alle anderen Arbeiten liegen und kümmert sich nur um die Ausgestaltung des Hauses für das Weihnachtsgeschäft. Zuerst wird die Spielwarenausstellung eröffnet; denn die Kinder sind die ersten, die ans Weihnachtsgeschäft denken und die die Eltern zum Besuch der Kaufhäuser zu bewegen versuchen. Für diese Ausstellung wird jedesmal ein neues Thema erdacht, ein Thema, das der Zeit entspricht; man wird sich also nicht zu wundern brauchen, wenn dieses Jahr einzelne Abteilungsleiter auf die „grandiose“ Idee kommen, besonders viel Plumsolbaten aufmarschieren zu lassen... Die Klänge zur Tür des Werdebüros wandert wie am laufenden Band von einer Hand

Selbstmord wegen Zahnschmerzen? Aus Ludiz wird uns gemeldet: Seit einigen Tagen ist der 54jährige Landwirtssohn Josef Schopf aus Werschitz obgänglich. Schopf hatte sich nach Ludiz begeben und dort einen Zahnarzt aufgesucht, weil er seit einiger Zeit unter starken Zahnschmerzen litt. Der Arzt erklärte jedoch, den Zahn wegen der fortgeschrittenen Zahnentzündung nicht herausnehmen zu können, worauf der junge Mann sich entfernte und Bekannten gegenüber äußerte, er werde sich in Karlsbad behandeln lassen. Seither ist er verschwunden und es erscheint nicht ausgeschlossen, daß er wegen der ihn wochenlang quälenden Zahnschmerzen Hand an sich gelegt hat.

Die Trodenlegung der Zuder-See als Erdbebenursache? Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlicht aufsehenerregende Ausführungen von sachkundiger Seite über die Ursachen der in der vergangenen Woche in Westdeutschland und den Niederlanden verschiedentlich wahrgenommenen Erdbeben. Nach den einwandfreien Feststellungen sowohl der westdeutschen als auch der niederländischen Erdbebenwarten ist der Herd der tektonischen Vorgänge in den Niederlanden zu suchen. In den Ausführungen des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird darauf verwiesen, daß ein namhafter amerikanischer Seismologe bereits im Jahre 1929 bedeutende Erdbebenbewegungen als Folge Trodenlegung der Zuder-See vorausgesetzt habe. Die Abdämmung der Zuder-See bewirkt ungeheure Gewichtsverlagerungen in dem betreffenden Gebiet. Durch den Fortfall des auf der Trodenfläche lastenden Drucks der riesigen Wassermassen seien tektonische Störungen verursacht worden. Die Auffassung des amerikanischen Seismologen scheint durch die Feststellungen der niederländischen seismographischen Station De Bilt bestätigt zu werden, die der Meinung Ausdruck gab, daß die Ursache der letzten Erdbeben nicht vulkanischer Art sei und die bisher keinen Aufschluß über die genauen Vorgänge geben konnte. Der „N. R. C.“ weist darauf hin, daß die Trodenlegung der Zuder-See bisher nur zum Teil vollzogen sei, daß jedoch durch das Anpumpen des Meerwasser auf jeden Fall ungeheure Gewichtsverlagerungen eingetreten seien.

Nacht ist nicht immer Wissen.

SPD. Im vormärzlichen Oesterreich wurden Dichter und Schriftsteller von der Zensur unerhört schikaniert. Grillparzer, Hebel u. a. wußten davon ein Lied zu singen. Besonders gefährdet war der Oberzenfor Hofrat Hoch in Wien, ein unwissender und anmaßender Mensch. Eines Tages ließ er den Zensur Deuhardstein zu sich kommen und machte ihm Vorwürfe, weil Deuhardstein ein Buch des Sprachforschers Heinsius hatte durchgehen lassen. „Wissen Sie denn nicht“, fuhr Hoch seinen Untergebenen an, „daß Heinsius ganz unzählige Sachen schreibt?“ (Er verworfele den biederen Heinsius mit Goethes Zeitgenossen Wilhelm Heins, dem Verfasser des Romans „Adinghella“, der für sehr antijüdisch galt und gerade damals wieder einmal von sich reden machte.) Deuhardstein klärte seinen Vorgesetzten schonend auf.

Nach einigen Wochen kam ein Buch Heinrich Heines an, und der Zensur sehr pflichtschuldig den Vermerk „Dammatur!“ (Wird verdammt, d.

in die andere, Dekorative, Tischler, Zeichner, alle wollen einen Auftrag haben.

Nicht minder lebhaft geht es im Personalfbüro zu. Hier zeigt sich das Ciend unserer Zeit besonders deutlich. Am großen Schreibtisch sitzt der Feldwebel der Wirtschaft, der Personalfchef. Bei ihm häufen sich die Bemerkungsschreiben der jungen Mädchen, die wenigstens in den letzten acht Wochen des Jahres einmal Arbeit haben möchten. Es hängt ganz von der Mentalität des Mannes ab, der an dieser verantwortlichen Stelle sitzt, wie die Auswahl getroffen wird. Zuerst werden — das ist vielleicht ein kleiner Trost — die abgekauften Verkaufserlöse des Hauses berücksichtigt, woran nicht etwa nur aus Mitleid, sondern weil man sie nicht erst einarbeiten muß, was Zeit und Mühe spart. Dann kommen die Gesänge an die Reihe, die man unter dem Titel „Protektion“ zusammenfassen kann; und wenn dann noch Stellen frei sind, werden auch die Unbekannten aus der Masse Berücksichtigung finden. Eine harte Zeit beginnt für alle Verkäuferinnen. Neben dem eigentlichen Verkaufsdienst sind die sogenannten Weihnachtspackungen vorzubereiten. Man muß sich damit vertraut machen, welche Ware der Abteilung dem Kunden besonders empfohlen werden soll. Jeden Tag muß der Weihnachtsschmuck neu zurecht gemacht werden. Alle Vorschriften sind genau zu beachten; denn wenn etwas nicht klappt, kann man sich den Zorn des Aufsichtsbearbeiters zuziehen — tausend andere Mädchen warten ja auf diese eine Stelle!

Lieber Käufer und liebe Käuferin! Ein kleiner Weihnachtswunsch: wir alle wissen, daß auch Du Dein Geld schäfer verdienst und daß auch Dich die Sorgen des Alltags bedrücken. Wenn Du zu den Verkäuferinnen an die Ladentische kommst, und Du findest nicht gleich das Richtige, und es wird Dir nicht gleich alles so zurechtgemacht, wie Du es Dir vorgestellt hast, und es ist nicht so billig, wie Du es erhofft hast — laß bitte Deine Ungeduld nicht an der Verkäuferin aus. Sie steht von morgens bis abends hinterm Ladentisch und muß immer wieder bemüht sein, für jeden das Rechte zu finden. Kann sie das einmal nicht, so schimpfe nicht gleich, beschwäre Dich nicht sofort, sondern denke daran, daß Dir auch nicht immer alles im Leben gelingt! Mich.

h. verboten!) darauf. Hoch sah den Vermerk und ließ wutentbrannt den Zensur rufen. „Haben Sie mir nicht erst neulich gesagt, dommerie er den Ungelehrten an, „der Deine sei ein harmloser Sprachforscher? Warum wollen Sie denn sein Buch verbieten?“ Der Zensur war wie vom Schlege gerührt: so viel Unwissenheit und Oberflächlichkeit waren ihm noch nicht vorgekommen. Es ist nur ein Glück, daß diese vormärzliche Geistesenge schon hundert Jahre zurückliegt. Heute sind ja, wie wir alle wissen, die Nachhader, namentlich in Deutschland, sehr unterrichtet und sehr aufgeklärt. Oder wagt etwa jemand, daran zu zweifeln? R. Lu.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Sanierung der „Deutschen Volksbank“ in Leitmeritz.

Die Beamtenchaft nimmt Stellung.

Unter dieser Kopfnote erschien in der „Leitmeritzer Zeitung“ vom 30. November 1932 eine Notiz, die von der gesamten maßgebenden Presse übernommen wurde und welche einen Bericht über die am 28. November l. J. in Leitmeritz abgehaltene Sitzung des Hauptauschusses des Einlegerverbandes der Deutschen Volksbank enthielt. In diesem Berichte wurde u. a. behauptet, daß der Bankbetrieb im letzten Halbjahre mit 1,5 Mill. K passiv war und dies keine Ursache in der hohen Rente und dem unzulässigen Beamtenvertrage habe.

Da dieser Bericht den Tatsachen nicht entspricht und den Eindruck erwecken muß, als ob die durch das Rotatorium schwer betroffene und in ihrer Existenz bedrohte Beamtenchaft für die Lage der Bank kein Verständnis aufgebracht habe, stellen wir als Verband der Bank- und Sparfassenbeamten in der Tschechoslowakischen Republik, der die Beamtenverträge mit der Deutschen Volksbank abgeschlossen hat, folgendes fest:

1. In Beginn des Rotatoriums betrug die Gehaltssumme insgesamt 1.481.000 K und ist zum 15. November 1932 auf circa 833.000 K exklusive sozialer Lasten gesunken. Der Beamtenstand ist auf 45 Beamte zurückgegangen. Allein im Jahre 1932 wurden 15 Beamte pensioniert bzw. abgebaut. Diese Senkung der Rente, die u. a. auch durch Reduzierung der Gesamtbezüge der Beamtenchaft erzielt wurde, kam im Wege von Verhandlungen zustande.

2. Die heutigen Durchschnittsbezüge der Beamtenchaft, die sich in Anbetracht der Lage der Bank in diesem Jahre mit der Stundung des touristischen Rotatoriums einverstanden erklärte und damit der Vauflistung ein neuerliches Entgegenkommen bewiesen hat, liegen knapp über 16.000 K jährlich, wobei nicht übersehen werden darf, daß zwei Drittel der Beamtenchaft verheiratet sind.

3. Um der Vauflistung noch weiter entgegenzukommen, hat sich die Beamtenchaft bereit erklärt, einer weiteren Senkung der Rente im Wege der Ausschreibung eines freiwilligen Abbaues im Sinne der Dienstprogrammatis zuzustimmen, ohne daß die Vauflistung bisher auf diesen Vorschlag eingegangen wäre.

4. Wir halten bei der allgemeinen tristen Lage der Bank den vorläufigen Standpunkt und umsohin die Pflicht nicht nur der Beamtenchaft wegen, sondern auch der Lage der Bank selber für schädlich.

Ein Jubiläum.

Prozeß der feinen Leute.

Am Montag waren es genau sechs Monate, seit der Caro-Petschel-Prozeß in Berlin-Koabit begonnen hat. Wann er aufhören wird, ist durchaus unbestimmt. So redet der Petschelsche Anwalt, Justizrat Drucker aus Leipzig, der den Gegenanwälten „nur kurz“ antworten wollte, schon seit vier Tagen. Und wenn früher oder später, in Berlin das Urteil gesprochen werden wird, dann ist die Affäre Caro-Petschel noch lange nicht erledigt. Dann wird erst recht ein Kattenkönig von Prozeßen geben. Zuerst dürfte ein Duzend Meineidprozesse folgen. So hoch veranschlagt „Seite“ und „Gegenseite“ die Zahl der Meineide, die in diesem Prozeß geleistet sein sollen.

Kohlengräberstreit von 1927.

Während der über 100 Sitzungstage in diesem Prozeß hat die Öffentlichkeit so ziemlich vergessen, daß es bei dieser Mammutprozeßreihe im Anfang darum ging, ob der Endindustrielle Caro an den Braunkohlenkönig Petschel eine Richtigkeits von 400.000 Mark gezahlt hat. Wegen dieser Richtigkeits ist Caro des Meineids verdächtigt worden. Aber die Anteile Caros und auch der Staatsbankrott haben erklärt, daß man Petschel aus dem Gerichtssaal heraus verhaften hätte, wenn er es nicht vorgezogen hätte, diesen Gerichtssaal überhaupt nicht zu betreten. Also, es geht in diesem Prozeß schon hart auf hart.

Dabei sind recht interessante Dinge an Tageslicht gekommen. Die Öffentlichkeit wird sich mit diesem oder jenem Fall später, in Verbindung mit anderen Affären, noch recht eingehend zu beschäftigen haben. Für heute greifen wir nur einige Aeußerungen über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreit von 1927 heraus, die unter Eid gemacht worden sind. Der Angeklagte Caro warf bei irgendeiner Gelegenheit dem Nebenkläger Dr. Ernst Petschel vor, er habe den Streit von 1927 als „seinen“ Streit bezeichnet. Jetzt marschierte Dr. Ernst Petschel, der Sohn des oben erwähnten Braunkohlenindustriellen Petschel, auf. Er berief sich auf das Zeugnis eines Direktors Schmidt von der Hubertus Braunkohlen-Gesellschaft in Brüggeln, Bezirk Köln. Nach diesem Zeugnis hat Dr. Ernst Petschel in der im Prozeß kommenden Zeit sich dahin geäußert: er begreife nicht, weshalb man sich gegen die Lohnerböhung wehrt; so lange die Werke so verdienen, wie das der Fall ist, sollte man doch den Arbeitern einen anständigen Lohn geben.

Weshalb haben die Petschels und ihre Moche die mit dem Petschels verknüpft und verknüpft sind, es dann überhaupt zu diesem unsinnigen Streit von 1927 kommen lassen? Eine wirtschaftliche Konwendigkeit dafür lag, wie Dr. Ernst Petschel ja vor Gericht festgestellt hat, nicht vor. Aber die Petschels sind damals, während des Lohnkonflikts von 1927, ja noch weiter gegangen. Sie haben bei den Instanzen der Kohlenwirtschaft und im Reichswirtschaftsministerium nachgewiesen, daß sie eine Lohnerböhung nicht tragen könnten, haben eine weitere Erhöhung der Breispreise gefordert und diese Preiserhöhung, weit höher als die Lohnerböhung, auch durchgeführt.

Also ist u. a. der Reichswirtschaftsminister damals verlegt worden. Die dem Minister vorgelegten Statistiken dürften auf keinen Fall gestimmt haben. Oder ist es richtig, daß bei den Petschelschen Kohlenunternehmungen drei Bücher geführt werden, das eine für das Reichswirtschaftsministerium, das andre für den Steuerfiskus und das dritte für Ignaz Petschel?

Im übrigen wäre es angebracht, wenn man die Petschels noch nachträglich für die wirtschaftlichen Verluste, die der Streit von 1927 verursacht hat, haftbar macht. Unter diese Entschädigungen müßten unserer Ansicht nach auch die Verdienstverluste der Streikenden und die von den Gewerkschaften gezahlten Streikunterstützungen fallen. Denn der Streit war provoziert, nämlich, den Arbeitern aufzuzwingen.

Riefenhonorare.

Daß beide Parteien, sowohl Caro als auch Petschel, es dazu haben, Mammutprozeße zu führen, dürften die Honorare beweisen, die in diesem Prozeß gezahlt werden sollen. Der Kostendruck der Industrie, über den wir so viel gehört haben und so viel hören, erhält hier eine eigenartige Illustration.

Der Hauptanwalt Petschels, Justizrat Dr. Drucker, soll allein 400.000 Mark bekommen also genau so viel wie die strittige Richtigkeits, detet wegen es zu diesem Prozeß kam. Man sag Drucker auch noch, daß er letzten Willens sei, daß nach diesem Prozeß zur Ruhe zu gehen. Die Entschädigung an Drucker soll so geregelt sein, daß er für jeden Gerichtstag 4000 Mark erhält. Wenn es also noch Drucker geht, der sich gegenwärtig vor dem Berliner Gericht als Dammetredner produziert, kann der Prozeß Caro-Petschel noch recht lange anhalten. Die beiden Kollegen Drucker Davidohn und Koch, erhalten nicht ganz so viel wie der Leipziger. Aber es wird behauptet, daß sie, wenn der Prozeß zu Ende ist, um 200.000 bzw. um 100.000 Mark reicher sein werden. Die Anwälte Caros, vor allem Albers und Ditz, beide berühmte Rechtsanwälte, werden es jedenfalls nicht billiger machen.

